

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 55 (1977-1978)

Heft: 8

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich

SUZ



VSETH



Redaktion/Administration:
Leonhardstrasse 19
8001 Zürich
Telefon (01) 69 23 88
PC-Konto 80-35 598

Insertate:
Insertatenverwaltung «zürcher student»
Rämistrasse 66, 8001 Zürich
Tel. (01) 47 75 30
PC-Konto 80-26 209

und das konzept

Die drei grossen (Renommier-)Kulturinstitute fressen zwei Drittel der städtischen Kulturmillionen

Oberflächenkultur für ein bequemes Publikum

Andreas Gross sprach mit
SP-Gemeinderat H. U. Zbinden über die städtische Kulturpolitik

«Grosse Namen in grossen Rollen für ein grosses Publikum!» Unter dieses Motto hat vor nicht allzu langer Zeit ein Schauspielhausdirektor seine Arbeit gestellt. Jeder Platz im Opernhaus wurde 1975/76 in jeder Aufführung mit 88 Steuerfranken subventioniert; im Schauspielhaus waren es 44 Franken, in der Tonhalle 64. Für wen? Die nicht etablierten, zum Teil experimentellen Kulturinstitutionen (Kammertheater, Theater an der Winkelwiese, Neumarkt, Stadthof 11, Thearena/Rote Fabrik, Sozialarchiv usw.) erhalten ein paar Brösel vom Tisch der Grossen, wenn überhaupt. Und wenn ein Neumarkttheater etwa ein kritisches Stück über den General Willen produzieren will, wird das Geld grad radikal abgeklummt. Das folgende Gespräch, das kürzlich im «Volksrecht» publiziert wurde, dreht sich um die städtische Kulturpolitik, wie sie ist und wie sie sein könnte.

Was verstehst Du überhaupt unter Kulturpolitik?

Zbinden: Unter «Kulturpolitik» verstehe ich nicht nur die Beschäftigung mit dem, was an bildender und schöner Kunst sowie an Unterhaltung sichtbar wird. Einzuzeichnen ist auch die Bildung an sich, das heisst also Schule, Erwachsenenbildung, Lehrerausbildung, ebenso der Denkmalschutz und in einem umfassenderen Sinn auch der Naturschutz.

Wenn wir aber im folgenden vor allem über die Kulturpolitik in der Stadt Zürich reden werden, dann befassen wir uns weitgehend mit dem, was der Stadtpräsident und seine Abteilung unter Kulturpolitik verstehen und machen. Dabei aber muss man sich immer bewusst sein, dass dies nur ein Teil des Spektrums umfasst, nämlich Musik, Theater und bildende Kunst.

Was wäre Deiner Ansicht nach von einem «Kulturminister» ebenfalls zu leisten?

Zbinden: Ich würde versuchen, die angedeutete Aufgabenteilung aufzuheben. Ein Kulturminister hätte also neben den Aufgaben, die heute die Präsidialabteilung erfüllt, auch die städtischen Kompetenzen in Sachen Erwachsenen- und Weiterbildung zu übernehmen, dazu Pflichten bezüglich Denkmalschutz, die derzeit dem Bauamt II übertragen sind, und vielleicht auch Belange der ge-

Zbinden: Die Kulturpolitik ist der hervorragendste Träger der politischen Ideologie. Das hat ja auch Lenin erkannt und Richtlinien für die Kulturpolitik ausgearbeitet, wobei sich diese in den Ländern des realen Sozialismus allerdings mittlerweile kaum wünschenss entwickelt hat. Auch Diktaturen haben den Stellenwert der Kulturpolitik als Ideologieträger weidlich ausgenutzt: Die Nazis übertrugen ja alle diese Aufgaben dem Propagandaminister Goebbels, der da in seinem Sinn auch effizient gearbeitet hat.

Das abschätzige Lächeln, das Diskussionen über Kulturpolitik heute in Kreisen der Arbeiterbewegung oft hervorruft, könnte nur mittels allgemeiner, intensiver Bildung für alle beseitigt werden. Denn Kultur hat ganz gewiss mit Bildung zu tun. Mittels einer breiteren und tieferen Bildung für jedermann könnte das Bewusstsein so geschult werden, dass das Verständnis für die allgemeine Bedeutung der Kultur sich bei allen Menschen herausbilden könnte.

Das grosse Geld für Renommier-Kultur . . .

Was lässt sich nun die Stadt Zürich die offizielle Kulturpolitik heute kosten?

Zbinden: An sich muss man zuerst festhalten, dass die Stadt Zürich im internationalen Vergleich gut dasteht. Gemessen am Gesamthaushalt der Stadt Zürich sind die 60 Millionen Franken, welche die Stadt jährlich für die Kultur ausgibt, relativ viel. Die Frage ist jedoch weniger, wieviel man ausgibt, als wofür.

Zu betonen ist jedoch auch, dass regelmässig bei den alljährlichen Budgetdebatten die Ausgaben für Kultur neben jenen für die Sozialleistungen am umstrittensten und dem grössten Druck ausgesetzt sind. Dabei erfolgen bezeichnenderweise die Abstriche bei minimalen Posten, über die lächerlich lange debattiert wird. Man kann beispielsweise – wie dies das vorletzte Jahr vorgekommen ist – bei der Filmförderung um 10 000 bis 15 000 Franken lange Debatten führen und andererseits etwa beim Bauamt I für die Projektierung des Seetunnels, der in weitester Ferne liegt und hoffentlich nie realisiert wird, jährlich neu 100 000 Franken ausgeben, damit jene, die an diesem Loch herumprojizieren, weiterarbeiten können.

. . . und K()eingeld für die Kleintheater

Es gibt genügend Beispiele, wie durch Misswirtschaft in einigen Ämtern viel Geld verloren wird und man an diesen Stellen dennoch nur zögernd unwichtige Budgetposten kürzen will. Bei der Kultur kann sich jedoch die Streichung von vielleicht nur 10 000 Franken für ein bestimmtes Projekt verheerend auswirken. So würde die Kürzung der städtischen Subvention für das gewiss nicht umstrittene Theater am Hechtplatz um 30 000 Franken bestimmt dessen Todesurteil bedeuten. Genauso tödlich können Kürzungen der Beiträge beim Theater am Neumarkt oder bei noch kleineren Theatern wirken.

Zwar gibt es innerhalb des Kulturretats der Stadt Zürich gewisse Posten, bei denen gestrichen werden kann. Doch muss man dabei mit dem Roststift ganz oben ansetzen, dort, wo die grössten Beträge verteilt werden und oft Unsummen für Prunk und andere Renommierereien ausgegeben werden. Das wären Oper, Schauspielhaus und Tonhalle. Im internationalen Vergleich bieten ja alle drei gute Durchschnittskosten und nicht unbedingt Spitzenleistungen, obwohl in Zürich oft spektakuläre Spitzenkräfte zu



Spitzengehältern engagiert worden sind. Im obersten Viertel der Ausgaben dieser Institute liess sich ganz bestimmt einiges einsparen. Beispielsweise durch zweckmässige Koordination der Arbeit, besseres Management und durch etwas mehr Bescheidenheit im Star-Angebot.

Wenn man nun aber, wie schon oft, wieder linear kürzt, dann trifft es mit Sicherheit die falschen, nämlich das zahlreiche technische Personal der Kulturinstitute. Man kann bei den grossen Brocken zwar durchaus sparen, aber gezielt und präzise.

Jedem Opernhausbesucher 88 Fr. unter den Hintern

Jeder Bürger sollte sich bewusst sein, dass jeder Platz in jeder Aufführung des Opernhauses dem Stadtzürcher Steuerzahler 88 Franken kostet. Dabei spielt es keine Rolle, wie lange die Aufführung dauert, ob der betreffende Platz besetzt ist und wieviel der Gast für seinen Platz bezahlt hat – grundsätzlich steuert der Steuerzahler zuvor nur für den Betrieb des Opernhauses ohne Bauten und einmalige Leistungen der Stadt – 88 Franken pro Platz bei. Auch wenn im Vergleich zum vorletzten Jahr in dieser Beziehung wieder ein niedriger Platfond erreicht wurde, scheint mir dieser um einiges zu hoch zu liegen (vgl. die Tabelle).

Dabei sollten wir beachten, dass in früheren Jahren, als die Besucherfrequenz beispielsweise des Schauspielhauses die derzeitigen 78 Prozent nicht erreichte, das Steuergeheim kleiner war. 1975/76 bezahlte die Stadt dort pro Platz 44 Franken hinzu, obwohl an sich die Besucherfrequenz nicht schlecht war. 1974/75 waren es 41 Franken, 69/70 noch 19 und 54/55 gar bescheidene 2 Franken. Die Platzbelegungen, mit denen einige Theaterleute immer sehr gerne hausieren, haben also auf die Explosion der Steuerleistungen hier kaum Einfluss gehabt.

Das Beispiel des Theaters in Basel hat zumindest während der Ara Duggelin gezeigt, dass man auch ohne den Anspruch, bürgerliches Bildungstheater auf dem höchsten Niveau zu veranstalten, Theaterarbeit leisten kann, die eine breite Bevölkerung und vor allem die Jugend anspricht und die auf eine nicht traditio-

nelle Art auch international grosse Beachtung findet. Wenn man darauf verzichtet, ein Renommiertheater zu sein, so muss dies noch lange nicht bedeuten, dass man an Qualität einbüsst. Der Kulturgenuß hängt nämlich nicht von der Qualität der Garderobe der Besucher ab.

Die Stadt bezahlt – das Grossbürgertum befiehlt

Welche politischen Kräfte stehen hinter den drei grossen Institutionen, dass ih-

Neue Adresse!

Die Redaktion des «zürcher student» hat gezügelt.
Sie befindet sich nun im Parterre an der Leonhardstrasse 19 (VSETH).
Postadresse:
Leonhardstrasse 19
8001 Zürich
Telefon:
01 / 69 23 88

nen die Gelder dermassen bevorzugt zu fliessen?

Zbinden: Die rechtlichen Träger der einzelnen Institute sind verschieden; teilweise sind es Aktiengesellschaften (Opernhaus, Schauspielhaus, Theater am Neumarkt), dann Vereine (Tonhalle, Kunsthaus, Sozialarchiv) aber auch Stiftungen, (Zentralbibliothek, Konservatorium, Musikakademie). Ich persönlich glaube jedoch, dass die juristische Trägerschaft unwesentlich ist. Denn es kommt darauf an, wer wirklich das Sagen hat in den einzelnen Gesellschaften.

Es ist ja heute so, dass der Staat jene Rolle übernommen hat, die früher das Bildungsbürgertum innehatte: die Rolle des Mäzenats. Der Staat bezahlt heute mittels Steuergeldern den Kulturbetrieb.

Dagegen ist gar nichts einzuwenden. Das Witzige an der Sache ist nur, dass diejenigen, welche im letzten Jahrhundert bezahlt und damit auch über den

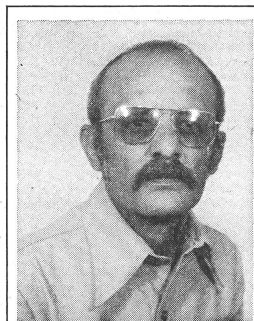
«Die Allgemeinheit bezahlt den Kulturbetrieb, den Exponenten des Grossbürgertums nach ihren Vorstellungen und Zielen gestalten. Und da eben Kultur etwas mit Ideologie zu tun hat, ist dies für diese Kreise eine patente Sache.»

Inhalt befohlen haben, heute nicht mehr bezahlen – aber noch immer das Sagen haben. In den verschiedenen Trägerschaften sitzen die Vertreter der bürgerlichen Klasse und bestimmen darüber, wer was wo ausführen darf.

Ich erinnere daran, dass der Präsident der Tonhallengesellschaft, Thomas Wagner, auch Präsident der städtischen FDP und Gemeinderat, bei der Debatte um Meienbergs Wille-Stück im Neumarkt-Theater mit grossem Stolz und Wohlwollen darauf hingewiesen hat, dass die städtischen Vertreter in seinem Gremium sich sehr zahm gäben, in der Regel wenig sagten und bei personellen Fragen gar in Ausstand traten.

So weit sind wir also, dass der Staat zwar bezahlt, seine Vertreter aber in wichtigen Fragen in Ausstand treten und den FDP-Präsidenten bestimmen lassen, wer zu welchem Lohn in Zürich den Taktstock schwingen darf. Herr Al

Fortsetzung auf Seite 2



Hansueli Zbinden

(geboren 1932) wuchs in Zürich auf. Er schloss eine Buchhändlerlehre ab und führte die Buchhandlung «Zur Platte» an der Zähringerstr. 17, in unmittelbarer Nähe der Uni. Zbinden: «Ich machte, verkaufte und vertrieb immer Bücher, handelte also immer mit Worten und Ideen.»

1974 wurde Zbinden auf der Liste der SP Zürich 7 in den Gemeinderat gewählt und ist gegenwärtig in dessen Geschäftsprüfungs-Kommission für die Präsidialabteilung verantwortlich. Zbinden ist auch Mitglied der städtischen Literatur- und Buchförderungs-Kommission.

Seit einem Jahr präsidiert er den Bildungsausschuss der SP-Stadtpartei.

schriftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit, was heute vor allem das Stadtarhiv übernimmt. Letzteres müsste dann nicht nur besser strukturiert, sondern auch in seinen politischen Dimensionen gesehen.

Kulturpolitik als Träger der politischen Ideologie

In Teilen der Sozialdemokratischen Partei wird die «Kulturpolitik» ja oft belächelt und deren politische Dimension weniger erkannt.

Die Anteile am jährlichen Kulturretat

	59/60	69/70	73/74	74/75	75/76
Gesamter städtischer Kulturretat (ohne einmalige Ausgaben und Baukosten) in Mio. Fr. = jeweils 100 Prozent	8,14	22,75	44,1	49,53	56,52
Opernhaus	41,7%	41,9%	39,4%	40,0%	38,6%
Tonhalle	14,7%	12,2%	9,0%	9,2%	9,2%
Schauspielhaus	14,7%	14,5%	17,8%	18,3%	17,0%
(Die drei «etablierten» Institute zusammen):	(71,3%)	(68,6%)	(66,2%)	(67,4%)	(64,7%)
Kunsthaus	6,1%	4,4%	4,7%	4,4%	8,0%
Theater am Neumarkt	–	1,1%	2,6%	2,6%	2,5%
Bibliothek	13,8%	13,7%	14,2%	13,5%	12,7%
(Anteil des Sozialarchivs am Anteil der Bibliotheken)	(7,1%)	(5,4%)	(3,8%)	(4,1%)	(4,1%)
Musikschulen und Musikgesellschaften	3,9%	3,4%	4,3%	4,7%	3,8%
Kunsthausstiftung, Stadthof 11, Schauspielakademie, Rietbergmuseum, ZH-Kammerorchester	0,9%	4,9%	3,9%	3,3%	3,7%
Zoo	0,2%	1,2%	1,7%	1,8%	1,7%
«Kulturkredit des Stadtpräsidenten» (verschiedene kleinere Beiträge, darunter auch Filmförderung)	3,8%	2,7%	2,3%	2,4%	2,4%
	100%	100%	100%	100%	100%

Steuerfranken pro Platz und Aufführung

	54/55	69/70	74/75	75/76
Opernhaus (AG)	4.–	41.–	91.–	88.–
Tonhalle (Verein)	10.–	34.–	65.–	64.–
Schauspielhaus (AG)	2.–	19.–	41.–	44.–

Alle Statistiken nach offiziellen Zahlen zusammengestellt von Andreas Gross.

Revidiertes Stipendienreglement im Kanton Zürich

Gegenläufige Tendenzen im Stipendienwesen

Am 22. November hat der Erziehungsrat ein revidiertes Stipendienreglement verabschiedet, welches einige Verbesserungen bringen wird. Einen Monat später wurden jedoch die Ausgaben für Stipendien im Voranschlag 1978 des Kantons Zürich massiv zusammengestrichen. Proteste und Interventionen waren erfolglos. Die Hintergründe und Auswirkungen beleuchtet der folgende Bericht des Kleinen Studentenrates (KSIR).

Vorweg das Erfreuliche: Die am Stipendienreglement vorgenommenen Retouchen werden zwar keine weitreichenden Veränderungen herbeiführen, aber die Lage einzelner Gruppen unter den Stipendiaten doch etwas verbessern. Aus nicht einschlägigen Gründen hat nämlich der Erziehungsrat auf eine allgemeine Erhöhung der Ansätze verzichtet, obwohl, wie er selbst zugibt, die Teuerung (seit 1974: 14%) die Stipendien stark entwertet hat.

Studentenschaft der Universität Zürich
KSIR



Verbesserungen hat man für jene Stipendiaten erreicht, die von ihren Eltern nur in geringem Mass finanziell unterstützt werden können. Die Freizügigen für Nebenerwerbseinkommen und Stipendiaten wurde heraufgesetzt und für Verheiratete eine einfachere Einkommensberechnung eingeführt.

Diese Massnahmen werden, wenn ihnen nicht irgendwo ein Abbau gegenübersteht, Mehrkosten in nicht vorhersehbarer Höhe verursachen. Die «Spärung» des Kantonsrates lässt deshalb aufhorchen.

Zürcher Stipendien im Vergleich

Der Regierungsrat hat sich bei der Kürzung – allein im Hochschulbereich beträgt sie 4 Mio. – eine originelle und vorwiegend stichhaltige Begründung einfallen lassen: Die Budgetkredite der vergangenen Jahre seien niemals ausgenutzt worden.

Tabelle 1:
Ausgaben für Stipendien seit 1974 im Hochschulbereich

Jahr	Voranschlag	Rechnung
1974	12,4 Mio.	11,1 Mio.
1975	13 Mio.	9,9 Mio.
1976	13,5 Mio.	9,44 Mio.
1977	13,5 Mio.	
1978	9,5 Mio. (!)	

Oberflächenkultur ...

Fortsetzung von Seite 1

brecht bezieht übrigens einen exorbitanten Lohn, wie ihn nicht einmal der Stadtpräsident kennt. Zudem ist dieser Dirigent Doppel- und Dreifach-Verdiener, weil ihm vertraglich noch Engagements im Ausland zugesichert sind. Das gleiche gilt für den Direktor des Schauspielhauses.

Kostendeckung in der Kultur und anderswo

Die gleichen Leute, die sich schamlos einige Stars zu völlig unangemessenen Gehältern von der Allgemeinheit honorieren lassen, sind dann aber auf der anderen Seite der Meinung, die VVB beispielsweise müsse kostendeckend fahren und EWZ und Gaswerk müssten noch Gewinne abwerfen.

Man muss die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Stadt – seien es nun die industriellen oder die Kultur-Betriebe – als ganzes sehen und sie miteinander vergleichen. Wenn einer heute ein VBZ-Billettt löst, so zahlt die Stadt zwar auch 1,2 Franken drauf, doch mit dem VBZ geht man schliesslich auch meist zur täglichen Arbeit und erarbeitet einen Mehrwert, über den die Produzenten, wie wir ja wissen, nur in den allerwenigsten Fällen selber verfügen können. Zudem amortisiert sich der städtische Beitrag zu jedem VBZ-Billettt quasi, wenn die Alternative die Fahrt im Privatauto wäre, die noch ungleich grössere gesellschaftliche Kosten verursacht, die ja auch wieder der Allgemeinheit bezahlen muss.

Die soziale Zusammensetzung der Besucher lässt sich nicht genau analysieren, doch gehen nur etwa sieben Prozent der ganzen Bevölkerung irgendeinmal ins Opernhaus. Also höchstens sieben Prozent der Bevölkerung profitieren überhaupt je vom Geld, das der Steuerzahler in diesen Institutionen investiert.

Angenehmes Konsumieren ohne Verschlucken

Nun ginge es noch darum, zu diskutieren, welcher kulturelle Inhalt den sieben Prozent der Bevölkerung vorgesetzt wird, die regelmässig die grossen Institute aufsuchen?

Zbünden: Damit das Schauspielhaus beispielsweise möglichst voll ist, wird diesen sieben Prozent weitgehend das

schöpf worden, deshalb habe sich eine Kürzung geradezu aufgedrängt. Das ist richtig (siehe Tabelle 1), verschleierte jedoch die Hintergründe der Entwicklung. Die durchschnittlichen Hochschulstipendien vermitteln wesentlich bessere Einblicke in die Vorgänge (Tabelle 2). Der Kanton Zürich hat nicht nur seit 1971/72

Tabelle 2:
Erhöhung und Senkung der durchschnittlichen Hochschulstipendien seit 1970/71

a) Nominell	Schweiz	Zürich
Jahr		
1970/71	+28%	+45%
1971/72	+7%	— 1%
1972/73	+6%	+14%
1973/74	+6%	+1%
1974/75	— 2%	—14%
b) Real		
1970/71	+20%	+37%
1971/72	+1%	— 7%
1972/73	— 2%	+5%
1973/74	— 3%	— 9%
1974/75	— 8%	—19% (!)

die Stipendien immer mehr zusammengedrückt, sondern ist auch im Vergleich zur schweizerischen Entwicklung deutlich in Rückstand geraten.

Die Mittel des Stipendienabbaus

Die Folgen der seitlichen Jahren vorangegangenen Einschränkungen können freilich erst dann abgeschätzt werden, wenn erklärt werden kann, wie der ganze Prozess abgelaufen ist.

Einen Teil hat die Inflation verursacht. Inflationsbedingte Lohnsteigerungen führten vor allem in den Jahren 1973 und 1974 zu einem Mehrverdienst der Eltern und auch der Stipendiaten, der eine Senkung des Stipendiums zur Folge hatte.

Später wurden dann Praxisverschärfungen und Reglementänderungen zur Waffe gegen Stipendienansprüche kleiner, ohnehin benachteiligter Gruppen unter den Stipendiaten. So wurden, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen, im

vorgesetzt, was sie gerne sehen möchten. Nun sollte aber das Ergebnis kulturellen Schaffens – sei dies nun ein Theaterstück, ein Bild, eine künstlerisch gestaltete Hausfassade oder ein Musikstück – im guten Sinn des Wortes *Volkskunst* sein, sollte das widerspiegeln, was in der Bevölkerung unsichtbar vorhanden ist. Nicht nur das Sichtbare, sonst gibt es die bekannte «realistische Volkskunst», wie wir lange Zeit in der Sowjetunion kannten.

Auf den ersten Blick wird eine solche Widerspiegelung oft als Widerspruch empfunden. Als Beckets «Warten auf Godot» auf die Bühne kam, sagten viele: Der spinnst ja wohl. In der Zwischenzeit hat man jedoch gemerkt, dass er mit dem Stück genau dies zeigen konnte, was tatsächlich grosse Teile der Bevölkerung empfinden, nämlich die totale Verunsicherung des einzelnen, die Sprach- und Kontaktlosigkeit. Alles Probleme, die uns heute viel eher zu beschäftigen hätten als etwa rein wirtschaftliche Weiterentwicklung und Wachstum.

Widersprüche verdrängen oder offenlegen?

Was in der Gesellschaft verdrängt wird, versucht der Künstler, der dafür ein Sensorium hat, mit seinem Medium aufzugreifen. Was aber an unseren grossen Instituten gemacht wird, ist meist die *unreflektierte Widerspiegelung dessen, was sichtbar in der Gesellschaft vorliegt*; in oberflächlichen Ehedramen beispielsweise. *Tiefere Spannungen und Widersprüche in der Gesellschaft werden kaum hervorgebracht*, denn das sehen diese Zuschauer nicht gern.

Zwar gibt es nur wenige Untersuchungen, doch setzen sich die Besucher des Schauspielhauses bestimmt aus den ökonomisch besser gestellten Schichten zusammen; sei es aus eigener oder historischer Leistung. Wenn jetzt aber jemand die Oberfläche abdeckt, darunter schaut und ein Stück darüber schreiben will – denken wir an *Meinberg's Wille-Stück* – dann können zwei Dinge passieren:

Wenn das Stück wie im genannten Fall politisch brisant ist, dann wird es vorher abgelehnt. Ist das Stück nicht so offensichtlich politisch brisant, sind keine Personen des öffentlichen Lebens daran verwickelt, dann leistet sich der bürgerliche

Reglement vom 16. 12. 75 Absolventen von Lehrberufsanstalten, AHV- und IV-Bezüger und Auswärtswohnende einer verschärften Einschätzung unterzogen. Eine Revision im März 1977 betraf dann vor allem Verheiratete: von ihnen wird erwartet, dass die Ausbildungen des zweiten Bildungsweges zeitlich gestaffelt werden. Ausserdem kann, eine besonders groteske «Neuerung», ein Stipendiat auf dem zweiten Bildungsweg den Zuschlag für auswärtiges Wohnen nur bei zwingenden Gründen – als solche gelten: Platzmangel zu Hause, unzumutbarer Schulweg, durch ein psychiatrisches Gutachten nachgewiesene Unzumutbarkeit des Verbleibens zu Hause – beanspruchen, obwohl er keinen zivilrechtlichen Anspruch mehr hat, zu Hause zu wohnen.

Soziale Auswirkungen

Mit einem solchen Abbau gerade bei jenen Gruppen, die auf Stipendien in besonderem Mass angewiesen sind, werden Entwicklungen weitergetrieben, die bereits 1975, in der Studie von Peters-Zeugin (vgl. «Zürcher student» Nr. 1/1976) zur ökonomischen und sozialen Lage der Studenten an der Universität Zürich, in ihrem Anfangsstadium analysiert wurden: Stipendiaten müssen oft neben dem Studium arbeiten (1975: 36%); sie fühlen sich oft, da sie ziemlich viel Zeit in diese Arbeit investieren müssen (71% der Stipendiaten arbeiteten 1975 wöchentlich mehr als 40 Stunden) und überdies ausserordentlich konzentriert studieren, von den dadurch verursachten Belastungen überfordert.

Sie sind auch in einem zunehmenden Mass auf private Darlehen angewiesen.

Darüber hinaus wird die Forderung nach Chancengleichheit immer mehr untergraben, die Studienzeit der Stipendiaten zu zunehmend verlängert.

Politische Hintergründe

Solche Einwände allerdings hielten den Kantonsrat nicht von seiner Sparpolitik ab. Die SP bemühte sich zwar redlich um eine Revision des Voranschlags, aber ohne Erfolg. Die anderen Parteien und der Regierungsrat versteckten sich hinter formaljuristischen Argumenten und dem Verweis auf die Möglichkeit von Nachtragskrediten, falls die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen sollten. Diese kantonale Entwicklung hat ihre Parallelen auf Bundesebene und in fast allen anderen Ländern Westeuropas. Sie steht im Gegensatz zu den von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) im September 1975 gemachten Empfehlungen. Der Kantonsrat wird betriebl. Harmonisierung nach unten und sieht darin sogar einen Fortschritt. Andere Kantone werden nicht zögern, ihm zumindest darin zu folgen. Damit werden die Ungleichheiten unter den Kantonen geradezu zementiert. Dass man diese Entwicklung mit allen Mitteln bekämpfen muss, ist keine Frage der Einstellung, sondern der Gerechtigkeit. KSIR

Staat vielleicht eine Aufführung, eher an einem kleineren Theater. Gehen dann noch weniger Leute hin, dann kommen die bürgerlichen Kulturpolitiker wieder und sagen: Da sieht man's – was ihr macht, das will ja niemand sehen, macht gefälligst etwas, das alle verstehen.

Gerade im Theater am Neumarkt wurde diese Art von Kontrolle für die bürgerlichen Kulturpolitiker jedoch schwer, weil ein beträchtlicher Teil der politisch bewussten Jugend begonnen hatte, es regelmässig zu besuchen. Leider hat man dem Schauspielhaus mit dem *Studio Tiefenbrunn* dann einen etwas progressiven Wurmfortsatz zugegeben, der den Stellenwert des Neumarkts wieder abgeschwächt hat.

Wie beurteilt Du, verglichen mit den Ausgaben für die grossen Institute, das restliche Viertel inklusive Kulturkredit für die Stadtpräsidenten?

Zbünden: Viel positiver! Es gibt dort Freiräume, die wir im Sinne tatsächlicher Volkskunst nutzen können und nutzen sollten. Heute dient er etwa für das Literaturpodium und weitere Veranstaltungen.

Nicht entfremdete Arbeit als Basis lebendiger Kultur

Zum Schluss noch die wohl zentrale Frage: Wie können die Lohnabhängigen wieder vermehrt zur Auseinandersetzung mit tiefschichtiger, aktivierender Kultur veranlasst werden?

Zbünden: Da müssen wir ganz vorne ansetzen. Bei der Schule beispielsweise, in der man den nicht leistungsbezogenen musischen Fächern ein grösseres Gewicht einräumen müsste.

Das zweite grosse Feld wäre, dass man jedem Arbeitnehmer wieder ein Interesse an dem geben müsste, was er produziert. Solange die Entfremdung am Arbeitsplatz dermassen hoch ist, ist auch der abendliche Erschöpfungsgrad entsprechend.

Der Arbeit muss ein Sinn gegeben und dafür die Wirtschaft demokratisiert werden. Das ist die allerwichtigste Voraussetzung. Nur dann wird das Bewusstsein der Lohnabhängigen so weit wachsen können, dass alle begreifen, dass Freiheit sich immer in der Freiheit des Andersdenkenden aussert. Und dies ist Basis einer lebendigen Kultur. Dann können auch die Irrtümer des anderen verstanden und akzeptiert werden. Und gerade dies ist wichtig in der Kultur, in der die ganzen gesellschaftlichen Spannungen sich manifestieren müssen.

Politischer Schleim

Das juristische Gezänk über Beitragspflichten der ETH-Studenten gegenüber dem VSETH dauert nun schon Jahre und ist durch den kürzlich erfolgten Bundesgerichtsentscheid einstellend belegt worden. Wemgleich die Vertretungsrechte des VSETH eine nachträgliche Legitimierung erfahren haben, ist der oberrichterliche Druck immer mehr zu spüren. Die Rolle, die dabei der sogenannte «Studentenische Organisation für Selbsthilfe» zufällt, analysiert der folgende Beitrag.

Nach bis vor kurzem bestanden an den Schweizerischen Hochschulen und Universitäten verfasste Studentenschaften, welche auf eine lange Tradition zurückblicken können. An der ETH schlossen sich schon vor über hundert Jahren die Studenten an der ETH zu einer Kampforganisation zusammen und gründeten den «Polytechnischen Verein zu Zürich», den späteren VSETH.

Die Gründer dieses Vereins wollten damals den herrschenden Missständen in der ETH-Verwaltung zu Leibe rücken und forderten gar



Verband der Studierenden an der ETH Zürich VSETH

die Absetzung des Schuldirektors! Die Hochschulautoritäten reagierten damals wie heute auf ihre Weise. Die Rädelsführer jener Studentenbewegung wurden kurzerhand von der Schule ausgeschlossen. Darauf reagierten aber die Studenten nun ihrerseits mit ungewöhnlicher Geschlossenheit. Einmütig solidarisierten sie sich mit den Ausgeschlossenen und verliessen, 250 an der Zahl, unter Protest die heiligen Hallen der Polytechnischen Schule.

Diese einzigartige Aktion muss aber ganz gewaltig an den Kräften der damaligen Studentenschaft gezeit haben. Ohne diese Aktivistinnen verfiel der Verband alsbald in eine nahezu hundertjährige Passivität. Vereinsmeierei und elitäre Privilegienpolitik, gepaart mit stramm antikommunistischem Gebären, bestimmten die Tätigkeit des Verbandes. Erst in den späteren Jahren begannen sich die Studenten wieder sich mit ihren eigenen Problemen zu beschäftigen, d. h. selbständig zu denken und zu handeln, was konsequenterweise zu einer Politik gegenüber der Schulleitung führte, die dieser nicht immer eitel Freude bereite.

Aufbruchstimmung in den späten sechziger Jahren

1968 formierte sich unter dem Einfluss der weltweiten Studentenbewegung eine neue Verbandspolitik im VSETH, welche sich gewissermassen von der oberrichterlich diktierten Hochschulpolitik der Leitungsorgane der ETH emanzipierte und sich vor allem mit der Rolle der Hochschule innerhalb des Staates und der Gesellschaft befasste.

Es gelang damals den Aktivisten des VSETH, eine breite Mobilisierung der studentischen Basis zu erreichen und deren Bedürfnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. 1969 ergriffen die Studenten erfolgreich das Referendum gegen das «neue» ETH-Gesetz, welches allerdings nur dem Namen nach neu war und im wesentlichen das Gesetz von 1854 einer oberflächlichen Revision unterzog.

Die neu gewonnenen studentischen Aktivitäten erregten aber auch das Missfallen der Schulleitung und ehemaliger VSETH-Präsidenten, welche sich um ihren politischen Einfluss geschmälert sahen.

Anbetrachts neuer Mehrheitsverhältnisse im Studentenparlament des VSETH versuchten jene Alt-Funktionäre ihre Politik ausserhalb der Studentenschaft zu profilieren, was ihnen, trotz anfänglicher Schützenhilfe durch einzelne Mitglieder der Schulleitung nicht gelang. Auch

die Gründung einer politischen Agitationsgruppe, die sich später SOS nannte, führte zu keinem Erfolg. Es war das erklärte Ziel jener «Alteingesessenen», eine mögliche Spaltung der verschiedenen politischen Kräfte innerhalb des Verbandes voranzutreiben. Ein ziemlich unrealistisches Unterfangen, da es im VSETH nie zu einer explizit parteipolitischen Fraktionsbildung gekommen war.

Die Rolle der VSETH-Gegner

Dieser Realitätsverlust prägt auch heute noch die Politik jener Flugblatverfasser in der «SOS», welche ihre billige Meinungsmache unter dem stolzen Titel «Studentische Wocheninformation» herausgeben. Ein Beispiel soll die Absurdität der Verbalomik jener Handvollfrustierter-SOS-Präsidenten belegen: Mit grosser Akribie wollen sie ihre Leser glauben machen, beim VSETH handle es sich um eine politische (!) Organisation, deren «Zwangsfinanzierung» nicht zu vertreten sei. Eine etwas dümmliche Interpretation des Status der öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereiche, welche dem VSETH übertragen wurde. Konsequenterweise müssten die SOS-Schreiberlinge ihre Post unfrankiert befördern lassen, weil es sich gemäss dieser Interpretation um eine politische Organisation handle, deren «Zwangsfinanzierung» nicht zu vertreten sei. Wenn es aber um eine «Zwangsfinanzierung» bürgerklientelischen Verwaltungslaufes, wie z. B. Prüfungsgebühren, Einschreibgebühren usw. oder Preiserhöhungen der Mensamahlzeiten, Pendlbus oder Abgabe von Unterrichtsmaterialien geht, wissen jene Besserwisser nichts zu schreiben.

Alles in allem eigentlich eine allzu belanglose Auseinandersetzung, um an dieser Stelle noch weiter auf sie einzugehen. Vielmehr kommt es den Verwaltungsorganen der ETH mitunter gelegen, unter dem Vorwand der Berücksichtigung spezieller SOS-Interessen dem VSETH nach und nach seine Vertretungsrechte abzuschöpfen. So kann z. B. der VSETH Kommissionsmitglieder in gewissen Hochschulgremien nicht mehr belangen, weil diese nicht durch das Studentenparlament gewählt, sondern von der Schulleitung aufgrund ihres Wohlverhaltens ernannt wurden!

Juristische Tricks

Wemgleich eine direkte politische Einflussnahme auf den VSETH durch den Schulrat opportun ist, kann dieser über die Oberaufsicht über das Beitragswesen die Verwendung studentischer Gelder festlegen. Auf diese Weise können einzelne Gruppen von ETH-Studenten mittels Beschwerde Mehrheitsbeschlüsse des Studentenparlaments majorisieren und gleichzeitig den Verband auch finanziell schädigen, wenn dieser den Bezug eines Rechtskonsultanten berappen muss. Diese Möglichkeit wurde dann auch von Studenten, welche von der SOS protegiert wurden, in den vergangenen Jahren ausgiebig genutzt.

Die Gelder, welche für solche Rechtsstreitigkeiten ausgegeben wurden, wären viel sinnvoller bei den gemeinnützigen Dienstleistungsunternehmen des VSETH investiert gewesen.

Zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Leonhardtstr. 19, CH-8001 Zürich, Schweiz, Telefon (01) 69 23 88, PK-Konto 80-35598.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Georg Hodel, Liselotte Sutter.

Die im «Zürcher student» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserat: Inseratenverwaltung «Zürcher student», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. 0 (01) 47 75 30, PK-Konto 80-26209.

1-sp-mm-Zeile – 48 Fr. (übliche Rabatte)

Redaktionschluss Nr. 9: 30.1.78

Inseratenschluss Nr. 9: 3.2.78

Hans Huber

ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber

Buchhandlung für Medizin und Psychologie

**Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60**

Ladenöffnungszeiten:

Montag-Freitag 08.30–18.30 durchgehend
Samstag 08.30–12.30

Mathematik:

«Ideologie der technokratischen Vernunft»

Jeder hat sich während seiner Schulzeit mit Mathematik beschäftigen müssen. Viele haben unter der Schulmathematik, die ja doch eine sehr theoretische Angelegenheit war, gestöhnt, nur wenige haben sich – vielleicht gerade wegen des theoretischen Charakters – für ein Mathematikstudium entschlossen. Die von Mathematikstudenten an der ETH gebildete Arbeitsgruppe «Mathematik und Produktion» hat nun untersucht, welche Rolle der Schulmathematik im «herrschenden» System der bürgerlichen Wissenschaftsproduktion zugeordnet ist und welche Perspektiven sich auftun können, wenn diese Rolle kritisch überprüft und geändert werden kann.

Es gilt als unbestrittene Tatsache, dass sich die ersten Gegenstände der Mathematik aus wirtschaftlichen Bedürfnissen der antiken Gesellschaft herausgebildet haben. Beispielsweise finden sich die Anfänge der Geometrie in der altägyptischen Kultur, wo sie aus der Notwendigkeit heraus entwickelt wurde, das Land nach den jährlichen wiederkehrenden Nilüberschwemmungen neu aufzuteilen und für den Steuersatz neu zu vermessen. Analog entstand die Algebra und die Arithmetik aus der ägyptischen und vor allem der babylonischen Kultur, um die Bedürfnisse des sich entwickelnden Handels zu befriedigen.

Die Erfahrungen der Ägypter und Babylonier haben dann die Griechen formalisiert und verallgemeinert. Dabei wurde die Mathematik erst zu dem, was wir heute unter «Wissenschaft» verste-

Erkenntnis der strukturierten Realität, so ergibt sich sogleich die Antwort auf das spezifische Erkenntnisinteresse, das den mathematischen Naturwissenschaften zugrunde liegt: Es ist das aus der aktiven Auseinandersetzung mit der Natur entstandene Interesse an technischer Verfügbarkeit, an Herrschaft über die Natur. Dieses Interesse an technischer Verfügbarkeit ist ein materielles Interesse: Es folgt aus dem Streben des Menschen, sich die materiellen Voraussetzungen für sein Leben zu schaffen. Auf einer späteren Stufe ist es gleich dem Interesse an einer Vergrösserung und Verwaltung des sog. Mehrwertes und ist damit identisch mit dem Interesse der herrschenden Klasse. Im Kapitalismus werden deshalb die Bedürfnisse der Allgemeinheit nur berücksichtigt, wenn sie wirtschaftlich interessant sind, d. h. weil die Interessen der Bourgeoisie weitergehend in der Maximierung des Profites bestehen. So werden beispielsweise Umweltschutz und Friedensforschung vernachlässigt, während gleichzeitig die Entwicklung immer neuer Waffensysteme wie z. B. die Neutronenbombe (vgl. «das Konzept» 5/77) vorangetrieben wird.

Heutige Rolle der Mathematik

Seit Galilei sind die Naturwissenschaften «mathematische» Wissenschaften und übernehmen damit den Erkenntnisansatz der Mathematik. Die Mathematik stellt mathematische Theorien bereit, die es gestatten, die naturwissenschaftlichen Experimente gewissenmassen logisch zu extrapolieren und in einen gemeinsamen (mathematischen) Zusammenhang zu bringen. Dies ermöglicht erst, einen bestimmten konkreten Teil der Natur verfügbar zu machen, denn ein Experiment allein kann immer nur einen engen Bereich der Realität beschreiben.

Im Kapitalismus haben die Mathematiker und Naturwissenschaftler eine weitere, über die Bereitstellung von Theorien hinausgehende Funktion, die technische «Vernunft» der mathematischen Denkweise als einzig legitime Form der Rationalität überhaupt zu stilisieren (vgl. Marcus und Habermas: «Ideologie der technokratischen Vernunft»). In der Medizin beispielsweise ist es durchaus wissenschaftlich «vernünftig», synthetische Pharmazeutika in der Therapie anzuwenden, während andere Heilmethoden wie Homöopathie, Akupunktur usw., die ihre Wurzeln in den alten Volkskulturen haben, abgelehnt werden.

Solcherart als «unwissenschaftlich» abgelehnte Erkenntnisse können oft, mangels mathematischer Rationalität, gar nicht dem Interesse der Verfügbarmachung der Natur dienen und sich somit, im Interesse der «Herrschenden», wirtschaftlichen Verwertbarkeit entziehen.

Über die sogenannte «Wissenschaftlichkeit» entscheiden letztlich die Wissenschaftler selbst, die ihrerseits einen

Teil der Planungs- und Führungsstellen der Produktion, mit all den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Vorteilen wie Verdienst und Ansehen, bilden.

Mathematik in Schule und Gesellschaft

Nicht nur wegen ihrer instrumentellen Anwendbarkeit wird die Mathematik in der Schule als Theorie vermittelt, sondern bei uns auch wegen der ideologischen Funktion: Die Mathematik als Denkschulung. Der globale Anspruch der mathematischen Rationalität führt zu der grossen Bedeutung der Mathematik als Selektionsinstrument in unseren Schulen. Was aber sehr vernachlässigt wird, ist die Übung der Anwendung der Mathematik an konkreten Problemen und die Diskussion ihrer gesellschaftlichen Funktion. Dies gilt insbesondere auch für die Mathematikerausbildung an der Hochschule, die sicher Einblick in verschiedene mathematische Bereiche gewährt, nicht aber eine Berufsausbildung ist.

Damit stellt sich unmittelbar das Problem der Verantwortung: Spätestens in den 60er Jahren wurde es klar, dass wissenschaftliches Handeln sehr weitreichende Konsequenzen haben kann, d. h. in den Dienst verschiedenster Ziele gestellt werden kann. Der Wissenschaftler sollte sich der Verantwortung bewusst sein, die er mit seinem Tun auf

Wussten Sie, dass wir als Spezialfirma auf dem Gebiet des Druckes von Dissertationen seit 10 Jahren zu günstigsten Preisen saubere Arbeit liefern? Wir gewähren momentan 10% Jubiläumsrabatt! So kostet der Druck einer 100seitigen Arbeit in einer Auflage von 200 Exemplaren nur Fr. 750.60. Verlangen Sie unsere Preisliste, es lohnt sich!

Auskunft und Beratung: Edith Florin Binderweg 26, 8046 Zürich (Neuffoltern) Tel. (01) 57 24 20

sich nimmt. Wie aber kann er diese Verantwortung wahrnehmen, wenn er nie gelernt hat, seine Tätigkeit einzuschätzen? Nach welchen Kriterien soll er entscheiden, ob seine Arbeit für nützliche Zwecke verwendet oder nur zur Zerstörung benutzt wird? Wie kann er sich auch dagegen wehren? Auch hier zeigen sich deutliche Mängel an der Ausbildung, wie sie heute besteht.

Projektorientiertes Studium

Um den Anforderungen, die aus dieser Kritik folgen, gerecht zu werden, wurde ein erstes, orthodoxes Konzept des Projektstudiums entwickelt. Grundsätzlich stellte man folgende Forderungen: Orientierung auf die Berufspraxis, Problembezogenheit, d. h. Behandlung wirklicher Probleme von gesellschaft-

licher Relevanz, Interdisziplinarität, «Forschendes Lernen», methodische sowie auch inhaltliche Anforderungen. Die Idee und auch die ganze Problematik dieses Konzepts steckt in der Problembezogenheit, was heisst, dass gesellschaftliche Probleme allseitig studiert werden sollen. Dabei sollen Probleme nicht nur interdisziplinär angegangen werden, sondern auch der Anspruch der Gesellschaft deutlich gemacht werden. Auf diese Art soll versucht werden, die Kluft zwischen Wissenschaft und gesellschaftlichem Alltag zu verringern. Dies kann jedoch nicht gelingen, wenn sich diese Kluft historisch mit dem Kapitalismus weiterentwickelt hat und auch Ausdruck der Form von Wissenschaftsproduktion im Kapitalismus ist. Dieses orthodoxe Konzept verweist auf die gesellschaftliche Ausbildung der Studenten, unterschiedet sich darin also nicht vom jetzigen Ausbildungskonzept.

Um die Mathematikerausbildung gesellschaftsorientiert zu gestalten, muss sie folgenden Anforderungen genügen: Sie muss eine möglichst vielseitige fachliche Ausbildung sein, der Student soll alle wichtigsten Theorien der Analysis, Algebra usw. kennenlernen. Sie muss den Studenten die Möglichkeit geben, Wissen einzusetzen, um mit anderen Wissenschaftlern, Technikern und Planern gemeinsam Probleme der Produktion zu lösen. (Man muss sich fragen, ob das knappe Stellenangebot für Mathematiker in der Industrie vielleicht mit ihrer diesbezüglich mangelhaften Berufsausbildung zusammenhängt.) Der Student soll auch die Werkzeuge erhalten, um seine spätere Arbeit als Lehrer, Wissenschaftler oder Ingenieur beurteilen zu können, er soll also eine minimale Ausbildung in Gesellschaftswissenschaften, v. a. Politischer Ökonomie, erhalten.

Diese 3 Hauptforderungen sind die 3 Säulen, auf die an der Uni Bremen ein neues Modell eines projektorientierten Unterrichts aufgebaut wurde. Über die konkrete Durchführung dieses Modells bis zum vierten Semester liegt ein Bericht im Heft 11 der «Materialien zur Analyse der Berufspraxis des Mathematiklers» vor. Hier nur einige wesentliche Punkte: Fachsystematische Schwerpunkte sind Lineare Algebra, Analysis, Differentialgleichungen und stochastische Methoden, wobei überall der algorithmische Aspekt stark betont wird. Die Fähigkeit zur Anwendung wird in Ökonomie, Technik und Naturwissenschaften geübt. Gesellschaftliches Grundwissen erhält der Student in Veranstaltungen über das Berufsfeld des Mathematikers, Politischer Ökonomie, Bürgerlicher Ökonomie und Stellung und politisches Verhalten der Intelligenz im Kapitalismus. Diese Ausbildung wird von den Bremern so verstanden, dass hier der Student befähigt werden soll, Projekte durchzuführen. In einem zweiten Studienabschnitt (nach dem 5. Semester) soll das Hauptgewicht ganz auf die Durchführung von Projekten gelegt werden.

Arbeitsgruppe «Mathematik und Produktion»

FRÜHER WAR DIE WELT FÜR MICH EIN INSTABILES SYSTEM VOLL VON UNBEKANNTEN



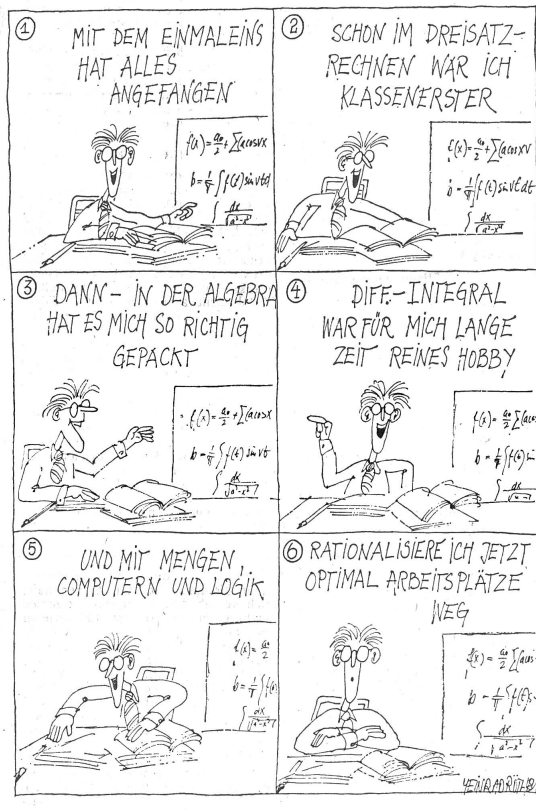
SEITDEM ICH IN DER VERKAUFSFÖRDERUNG MATHEMATISCH TÄTIG BIN - IST SIE WIEDER DURCHSICHTBAR GEWORDEN



WENN RECHNET

hen. Im Zug der Abstraktion von Landvermessung und Ökonomie wurde für die Mathematik erstmals ein eigener Erkenntnisbereich konstituiert, der nicht die Realität der Natur, sondern der Bereich der Ideen war.

Wenn wir mit Marx Wissenschaft primär als Tätigkeit und speziell als Arbeit auffassen und nicht so sehr als passive



Was steckt hinter den «3.-Welt-Läden»?

Viel guter Wille, aber . . .

In den letzten Jahren sind in der Schweiz eine Reihe von sog. 3.-Welt-Läden gegründet worden, die unter Umgehung des Zwischenhandels, dem Produzenten, dem Bauern und Arbeiter in Schwarzafrika, Südamerika und Asien zu einer besseren Einkommenslage verhelfen sollen. Ob damit letztlich der Lösung der Entwicklungsprobleme in der 3. Welt entgegengekommen wird, ist noch ungewiss.

Solidarität mit der 3. Welt ist eines der wichtigsten Prinzipien in dieser Ladenkette. Die Waren werden hier nicht verkauft, um den Produzenten irgendwie zu «helfen», sondern um ihnen einen angemessenen, gerechten Lohn zukommen zu lassen: den dem Kaffeebauern aus Guatemala, den Handarbeitern aus Palästina, Sri Lanka und Bangladesch, den Bananenpflückern aus Panama.

Die Waren kommen nicht auf dem üblichen Weg aus diesen Ländern in die Schweiz: Der Zwischenhandel ist ausgeschaltet. Auf direkten Kontakt mit den Produzenten wird grosser Wert gelegt. Wenn neue Artikel ins Sortiment aufgenommen werden sollen, so ist das an bestimmte Bedingungen geknüpft: Ein Mitarbeiter des Ladens oder einer Entwicklungsorganisation legt ein Projekt für den entsprechenden Artikel vor, z. B. Jute aus Bangladesch. Er hat sich zuvor im Land umgesehen und hat festgestellt, dass die Produktion dieser Jutesäcke den Geschäftsbedingungen entspricht: Es wird darauf geachtet, dass es sich um handwerkliche und nicht um industrielle Produktion handelt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sollten in Genossenschaften

organisiert sein. Diese Genossenschaften beschäftigen nur einheimische Arbeitskräfte und werden von diesen geführt. Bei den Produkten darf es sich nicht um Wegwerfartikel handeln.

Tragtaschen aus Genossenschaften

Auf diese Weise kam auch die «Aktion Jute statt Plastik» zustande. 40 000 handgenähte Jute-Einkaufstaschen, die in der Schweiz verkauft werden, stammen aus Bangladesch. Die Taschen werden von Frauen, die an Genossenschaften angeschlossen sind, in Heimarbeit genäht. Die Löhne, die gezahlt werden, sollen verhindern, dass zur Erhaltung der Familie auch die Kinder zur Arbeit gezwungen werden müssen.

Zwei Franken müssen für eine solche Tasche gezahlt werden. Mit einem Franken werden die Beschaffungskosten gedeckt: Transport, Aufdruck, WUST und 55 Rappen Lohn pro Tasche. Mit einem weiteren Franken werden die «Aktionskosten» der Ladengruppe in der Schweiz gedeckt: Versand, Verpackung, Informationsbroschüren usw.

Da die Verbreitung von Information bei dieser Art von «Warenimport» ein wesentlicher Bestandteil ist – und dies mit Kosten verbunden ist –, bezahlt man für einen Jutesack statt einem zwei Franken. Ein Aufwand, der sich angesichts der politischen Bedeutung der Aktion sicher lohnt.

Artikel mit Begleittext

Im 3.-Welt-Laden in Riehen arbeiten rund 30 freiwillige Helfer mit. Alle machen diesen Job ehrenamtlich und verdienen nichts dabei. In Arbeitsgruppen werden verschiedene Projekte betreut, so z. B. Tee aus Sri Lanka oder Jute aus Bangladesch. Zu den Aufgaben der Gruppe gehört das Schreiben einer Broschüre über das Projekt, die neben dem betreffenden Artikel im Laden aufgelegt wird. Weiter unterhalten sie Briefkontakte mit den Genossenschaften in der 3. Welt. Mit allfälligen Budgetüberschüssen werden neue Projekte in Angriff genommen.

Alle 3.-Welt-Läden in der Schweiz sind selbständige Vereine. Sie sind aber in einer Genossenschaft gesamtschweizerisch zusammengefasst. Eine wichtige Idee dieser Ladenkette besteht darin, eine Verbindung herzustellen zwischen unserem Alltag und der 3. Welt eine direkte Verbindung also zwischen Produzenten in Afrika oder Asien und hiesigen Konsumenten.

Es wird aufgezeigt, wieso z. B. Bananen aus Panama hier so billig sind und wer daran viel und wer daran wenig verdient. Mit ihren Aktionen appellieren die 3.-Welt-Läden an unser Konsumverhalten.

Fortsetzung auf Seite 4

Markenjeans aus der Fundgrube...

...Willy Korn 5.-

...Willy Korn 10.-

...Willy Korn 15.-

...Willy Korn 20.-

...Willy Korn 25.-

...Willy Korn 30.-

Ecke
Zurlinden-Bremgartnerstrasse

Viel guter Wille, aber ...

Fortsetzung von Seite 3

ten und versuchen es zu beeinflussen – versuchen bewusster Konsumenten zu schaffen. Diese sollen nicht nur nach dem Wieviel, sondern auch nach dem Wie und Woher fragen.

Der 3.-Welt-Laden in Riehen existiert nun schon seit einem Jahr. Die Idee, die dahinter steht, wird von einem immer breiter werdenden Publikum unterstützt. Franz Lengger, Sergio Aiolfi

Wir fragen uns, ob durch den Verkauf von Erzeugnissen aus Afrika, Asien und Lateinamerika hier in der Schweiz jene Bewusstseinsänderung erreicht werden kann, die schliesslich die politische und wirtschaftliche

Abhängigkeit der 3. Weltwiderwinden helfen.

Zur Illustration: Was hätte es den Leibes-eigenen im Niederhaslital genützt, wenn die handgeschneiderten Holzschuhe von kritischen Käufern in der Stadt Bern gekauft worden wären?

Auch fragen wir uns, ob der Anspruch, die verkauften Produkte müssten aus «Genossenschaften» stammen und «handwerklich gefertigt» sein, richtig ist. Wird nicht gerade dadurch die historische Arbeitsteilung – dort Handwerker und Rohstoffproduzenten – hier die industrielle Produktionsweise, ideologisch weiter gerechtfertigt?

Die Erfahrungen in Nordvietnam, in Nordkorea, teilweise auch in der VR China zeigen, dass eine effektive Entwicklung nur möglich ist durch eine Politik, die zwar der Landwirtschaft und dem Handwerk Priorität einräumt, gleichzeitig aber die Industrialisierung vorantreibt. Gegen eine wuchernde technische Entwicklung zu kämpfen ist unser Problem, die wir daran zu sterben drohen. Ob wir aber deshalb den Staaten im Trikont, die von Hosenknöpfen über Seife bis zum Traktor alles importieren müssen, von der Industrialisierung abraten sollen, ist ein anderes Problem.

Die Frage ist nicht: Industrialisierung oder nicht, sondern: Industrialisierung in wessen Interesse. Es muss daher ein Anliegen der fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz sein, hier jene Kreise zu bekämpfen, die in Chile Allende stürzen liessen, den Krieg in Vietnam führten und die heute die weissen Minderheitsregimes im südlichen Afrika stützen.

Wenn dazu zu Aktionszwecken Gegen-

stände aus diesen Gebieten verkauft werden, finden wir das richtig. Jedoch zu glauben, mit dem Kauf einer Tüte Tee werde jemand zum Antimperialisten, ist, wie die Erfahrung zeigt, wenig wahrscheinlich. H. R. Tanner, Kommission für Entwicklungsfragen (K/E)



Telefonzeitung
01/242 11 12
kurz und kritisch

Fleissige Verkäuferinnen: Die Kreditanstalt hat also mit dem Verkauf der Jelmoli-Aktien in 8 Jahren einen Wertgewinn von 150 Mio. Fr. eingestrichen, was einem inflationsunabhängigen Realzins von 50% entspricht. Das in einer Zeit, in der jeder Kleinsparer einen Realzins von unter 0% bekam.

Wie jeder Gewinn ist auch der unver-schämte SKA-Jelmoli-Gewinn nicht vom Himmel gefallen, sondern buchstäblich aus den beim Jelmoli beschäftigten Verkäuferinnen ausgepresst worden.

Die Leistung des Personals der Jelmoli-Gruppe hat in 8 Jahren durchschnittlich um 64% zugenommen – und das folgendermassen: reale Umsatzzunahme in 8 Jahren um 23%, gleichzeitig Personalreduktion um 23%, oder in der Jelmoli-Fachsprache: «Fühlbare Erhöhung der Pro-Kopf-Umsatzleistung.» (!) Selbstverständlich, so als Abrechnung vom tristen Bild, haben in der gleichen Zeit die Reallohn mit der Mehrleistung überhaupt nicht Schritt gehalten.

12 motorfahrzeugfreie Sonntage

Voraussichtlich am 28. Mai 1978 gelangt die Volksinitiative für 12 motorfahrzeugfreie Sonntage («Burgdorfer Initiative») zur Abstimmung. Die Initiative hat zum Ziel, an einem Tag pro Monat den motorisierten Privatverkehr zugunsten anderer Bedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten stillzulegen. Sie will damit einen Beitrag zur Verbesserung des Umweltschutzes und zur Erhöhung der Lebensqualität leisten. Sie gibt einen Anstoss zu einer Verkehrspolitik, die den öffentlichen Verkehr stärker fördert. Der Bevölkerung soll gezeigt werden, dass der Verzicht auf das Motorfahrzeug das Sonntagsvergnügen nicht einschränkt, sondern die Umgebung der Dörfer und das Gemeinschaftsdenken in den Quartieren aufwertet.

Eine Anfang 1977 durchgeführte Meinungsumfrage hat ergeben, dass 60% der Schweizer die Idee der Initiative gutheissen. Dieses Resultat steht im krassen Gegensatz zur Vernehmung der eidgenössischen Räte, die am Volksbegehren keinen guten Faden gelassen haben und es ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen.

Es gilt nun, das in der Umfrage manifestierte prinzipielle Einverständnis beim Stimmbürger in ein direktes Ja umzusetzen. Dazu bedarf es noch grosser An-

strengungen, bei denen uns Hochschulangehörige behilflich sein können.

Während in einzelnen Städten und grösseren Zentren Aktionsgruppen bereits tätig sind, fehlt es vor allem an Helfern in kleineren Orten ländlicher Gebiete. Zur Annahme einer Initiative ist bekanntlich auch das Ständemehr erforderlich; Stimmen in bevölkerungsschwachen Kantonen zählen also gewissermassen doppelt.

Die Ortsgruppe Zürich für 12 motorfahrzeugfreie Sonntage sucht deshalb Helfer, welche die Initiative mit Aktionen (Stände, Flugblätter, Versammlungen, Happenings usw.) an ihren Wohnorten möglichst ausserhalb von Zürich unterstützen und weitere Helfer in ihrem Bekanntenkreis mobilisieren können. Die Ortsgruppe Zürich wird ihre Dienste bei der Koordination und Organisation auswärtiger Aktionen zur Verfügung stellen. Auch in Zürich tätige Mithelfer sind jederzeit willkommen.

Wir bitten die Befürworter der Initiative, den Talon auszufüllen (siehe Inserat) oder sich mit dem Sekretariat der Ortsgruppe Zürich an der Rothstrasse 7, 8057 Zürich, Tel. 28 93 00, in Verbindung zu setzen.

wo d'studünte anegönd...

Ansprechende Auswahl günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutgebäude Freiestrasse 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med.-vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Olivenbaum	Stadelhofenstrasse 10
Hotel-Restaurant Rütli	Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Tea-Room «Vogelsang»

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30
8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks.
Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen
P. und M. Tibau-Betschart

Schöner Wohnen's Kafi Neumärkt

Ecke Neumarkt/Obmannamts-gasse

Der gemütliche Treffpunkt mit ungezwungener Atmosphäre.

Entspannen Sie sich in unseren herrlich bequemen Polstern bei einem erfrischenden Trunk, einem himmlisch duftenden Kaffee oder bei einer unserer vielen speziellen Teesorten.

Man trifft sich – man sieht sich im Neumärkt!

Papier ist wertvoll. Tun auch Sie etwas für den Umweltschutz, indem Sie «das Konzept» nicht wegwerfen, sondern an eine(n) Bekannte(n) weitergeben. Wer weiss, vielleicht ist er Ihnen dankbar, eine neue Zeitung entdeckt zu haben ...



Rest. «Weisser Wind»

Oberdorfstr. 20, Tel. 32 18 45
Räumlichkeiten für Feste und Anlässe (10-250 P.)

Preiswertes aus Küche und Keller
Fam. A. Fellmann



tea room
Zähringerstrasse 24 zürich 1
tel. 32 44 80

Der Treffpunkt der Studenten

Café «Studio»

gute Küche, angenehmer Aufenthalt

Hottingerstrasse 5
Zürich
Telefon 32 91 41

Farben

zum selber Malen
und die gute
Beratung bei



Schaffhauserstrasse 6
(vis-à-vis Krone)
Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

Magi's Jeans Shop

Jeans
Pullover
Blusen
Jacken
Accessoires

10% Stud.-Rabatt

Magi's Jeans Shop
Weinbergstr. 15, Zürich 1
Tel. (01) 34 94 43

Talon

- ☐ Ich stelle mich als Helfer in Zürich zur Verfügung.
- ☐ Ich stelle mich als Helfer in der Region meines Wohnortes in

zur Verfügung.

- ☐ Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Name

Adresse

Telefon

Handelt es sich um die ☐ Studien- oder ☐ Wohnadresse?

Bitte ankreuzen und einsenden an: Ortsgruppe Zürich für 12 motorfahrzeugfreie Sonntage Rothstrasse 7, 8057 Zürich (Tel. 28 97 00)

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen



Rued Gysin AG, Haus der Begegnung
Im Säuren Zelt 33, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Denkert
Hugobühlstrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

«das Konzept» ist auch am Kiosk für Fr. 1.50 erhältlich. Wenn Ihr Kiosk «das Konzept» nicht führt, wird er es gerne für Sie bestellen.

gewährt Studenten

10% Rabatt

auf Brillen
Sonnenbrillen
Feldstecher
Höhenmesser
Kompass
und Lupen

Kontaktlinsen

Preise auf Anfrage

Ihr Brillenspezialist
für Augenoptik
+ Kontaktlinsen



Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

BÜCHER-BAZAR

Bücher fürs Studentenbudget

Schenken Sie Bücher?
Lassen Sie sich Bücher schenken!

Vom Kochbuch zum Kunstbuch – vom Bilderbuch zum Klassiker. Alles günstige Bücher aus dem Neuantiquariat. Restaufragen, Sonderausgaben, leicht beschädigte Bücher. Zum Beispiel:

- Pestalozzi, Werke in 4 Bänden. Statt Fr. 82.80/44.80
- Jean Paul, Werke in 4 Bänden. Statt Fr. 82.80/44.80
- R. Girard, Die ewigen Mayas. Zivilisation und Geschichte. Statt Fr. 75.90/29.50
- H. Daumier, Menschliches – allzu Menschliches. 64 Bilder aus seinem Meisterwerk. Statt Fr. 22.60/11.80
- Aechti Schwyzer Chuchi. Schweizer Küchenrezepte, gesammelt u. herausgegeben v. Marianne Kaltenbach. Statt Fr. 44.–/35.–

Besuchen Sie uns im BÜCHER-BAZAR an der Mühlegasse 13 (Nähe Zentralbibliothek), 8025 Zürich, Tel. 34 08 84

Quartierpolitik in der Stadt Zürich: Kreis 5

Mitbestimmung durch Gemeinwesenarbeit?

Als eine der wenigen praktischen Folgen des Jürgensen-Berichts¹ sind 1975 in der Stadt Zürich zwei Testgebiete (äusseres Seefeld und oberes Industriequartier) ausgewählt worden, in denen kurzfristige Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität realisiert werden sollten. Nach langen, verwaltungsinternen Vernehmlassungen blieben für das Industriequartier schliesslich noch drei konkrete Verbesserungsvorschläge, nämlich die Schaffung eines Fussgängerbereichs an der Otto- und

der Josefstrasse sowie die Aussenraumgestaltung an der Neugasse. In dieser Phase schlug das beauftragte Planungsbüro dem Stadtplanungsamt vor, Gemeinwesenarbeit einzubeziehen. Nach einigem Zögern willigte dieses ein. Beatrice Breitschmid und Susann Müller erhielten diesen Auftrag und wurden im Rahmen ihres Praktikums an der Schule für Soziale Arbeit vom Jugendamt dafür angestellt. Unser Artikel über das Industriequartier gibt einen Überblick über ihre Arbeit.

Die erste Abklärung gab uns einen Einblick in die dringenden Probleme des Kreis 5:

- hohe Verkehrsmismissionen auf den Quartierstrassen
- Mangel an Grünflächen und Erholungsräumen
- übernutzte Hinterhöfe
- starke Überalterung (unterer Quartier) und hohe Mobilität (unterer Quartier)
- hoher Anteil an Ausländern, Alleinlebenden und sozial Schwachen
- fehlende Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
- gute Betreuung der alten Menschen, aber kein Altersheim

wohnern der beiden Strassenstücke, sowie den uns bekannten Quartierorganisationen ab.

Misstrauen gegen «Alibiübung»

Grundsätzlich waren die kleineren Quartiergruppen wie «Arbeitsgruppe 5 vor 12», «Arbeitsgruppe Pierzgasse» und «Mietgruppe» positiv eingestellt, warteten aber vor einer Alibifunktion dieser Massnahme. Beim offiziellen Quartierverein zeigte sich, dass einzig der Präsident, gegen die Josefstrasse opponierte. Die Arbeitsgruppe Industriequartier hingegen verlangte zuerst ein Gesamtverkehrskonzept, um den

schon Verhältnisse in einem angrenzenden Hof begrüssen. Auch die anwesenden Hauseigentümer der Ottostrasse schienen sich mit der Idee anfreunden zu können; allerdings nur, wenn dadurch keine Verschlechterung der Verkehrssituation an der unteren Josefstrasse entstände.

Nachdem wir die verschiedenen Stellungnahmen kannten, waren wir neugierig auf die Urteile der Anwohner. Wie angekündigt besuchten wir sie (erreicht 60 Prozent und alle Ladenbesitzer an Josef- und Ottostrasse). Als ersten Eindruck fiel ein deutliches Misstrauen gegen uns als Vertreter eines Amtes und gegen das Projekt als Schreibtischidee auf. In den Gesprächen konnte dies bei

grösste Teil der Anwesenden beschloss, sich wieder zu treffen, und zwar gesondert nach jenen Themen, die sie am meisten interessierten. Das waren: «Verkehrsfragen», «Wohnraum», «Begrünung und Erholung» (einschliesslich Fussgängerbereich Josefstrasse) und «Quartierkompetenz». Die je 10 bis 30 Leute umfassenden Gruppen machten es sich zur Aufgabe, für die genannten Probleme Lösungen zu suchen und diese wiederum einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Mitsprache erwünscht?

Die Tatsache, dass nach den Veranstaltungen nichtorganisierte Quartierbewohner unseren Anstoss aufnahmen und mit oder ohne uns ihre Anliegen weiterverfolgen wollten, löste heftige Reaktionen aus. So beklagte sich die Arbeitsgruppe Industriequartier bei den zuständigen Stadträten, dass wir im Quartier Leute zur aktiven Auseinandersetzung mit Problemen ermunterten, die sie doch schon seit Jahren zusammen mit der Verwaltung bearbeiteten. Sie fühlten sich in ihrer Stellung verunsichert und verlangten, dass ihre alten Rechte wiederhergestellt werden.

Die kleinen Quartiergruppen, das Jugendamt, das Planungsbüro und wir

Gemeinwesenarbeit im Kreis 5

Unser Praktikum dauerte vom 1. September 1976 bis zum 8. April 1977 und hatte zum Ziel:

- Eine breite Meinungsbildung zu den vorgeschlagenen Fussgängerbereichen einleiten, zu begleiten und auszuwerten.

- Die Wohnbevölkerung des Testgebietes vermehrt für Quartierfragen zu interessieren und zu aktivieren.

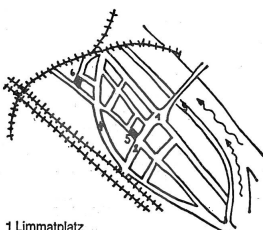
- Mit den Bewohnern Massnahmen zur Hebung der Wohnqualität bzw. zur Verminderung einer weiteren Verschlechterung zu diskutieren.

Diese detaillierte Aufgabenbeschreibung wurde allerdings erst am Ende unseres Praktikums schriftlich festgelegt; zu Beginn war unsere Aufgabe nur mit den Begriffen umschrieben: «Identifikation der Quartierbewohner mit ihrem Quartier fördern» und «Partizipation verstärken».

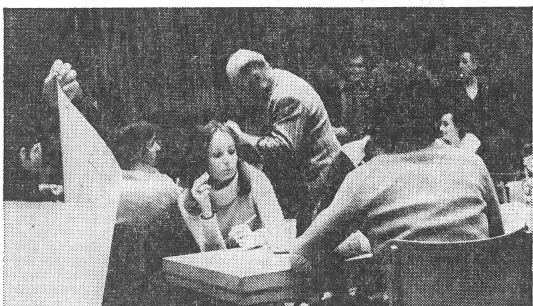
In den ersten zwei Monaten lernten wir das Quartier durch Beobachtungen, Gespräche und anhand bereits vorhandener Unterlagen kennen. Anschliessend diskutierten wir einzeln mit den direkt betroffenen Anwohnern, Ladenbesitzern und allen Quartierorganisationen über die vorgeschlagenen Fussgängerbereiche.

An einer ersten Informationsveranstaltung im Januar nahmen viele die Gelegenheit wahr, über die Fussgängerbereiche hinaus öffentlich Quartierprobleme zu diskutieren. Aus den weiteren Treffen im Februar und März, die dem Informationsaustausch und der verteilten Meinungsbildung dienen sollten, entstanden drei Arbeitsgruppen: «Erholung und Begegnung», «Verkehr» und «Quartierkompetenz».

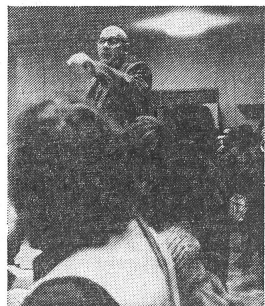
Kaum aber waren diese Gruppen entstanden, machten die Arbeitsgruppe Industriequartier (überparteilich) und der Quartierverein auf politischem Weg ihren Einfluss geltend. Was zur Folge hatte, dass das Stadtplanungsamt unseren Auftrag in eine reine Abklärungsarbeit umformulierte. Von «Identifikation» und «Partizipation» was ja die Aktivierung der Bevölkerung voraussetzt, war nicht mehr die Rede. An den nachfolgenden Treffen informierten wir die Gruppenmitglieder über diese Entwicklung. Viele konnten dies nicht verstehen und fühlten sich für eine «Identifikations- und Partizipations» missbraucht. Beatrice Breitschmid/Susann Müller



- 1 Limmatplatz
- 2 Langstrasse
- 3 Sihlquai
- 4 Röntgenstrasse
- 5 geplanter Fussgängerbereich Josefstrasse
- 6 geplanter Fussgängerbereich Ottostrasse



Einwohnerversammlungen gaben den Anstoss für aktive Quartierarbeit



- gegenseitige Konkurrenzierung bestehender Quartiergruppen und -organisationen.

Da wir sahen, dass die Aussenraumgestaltung mit zu den akutesten Problemen des Industriequartiers gehört, glaubten wir, dass der Vorschlag «Fussgängerbereiche» als Diskussionsanlass sicher auf fruchtbaren Boden fallen würde.

Um die Idee bekanntzumachen, verfassten wir ein Informationsblatt, auf dem wir die Fussgängerbereiche, aber auch uns selber vorstellten. Dieses gaben wir den Ladenbesitzern und An-

Stellenwert dieser Massnahme beurteilen zu können.

Schon zu diesem Zeitpunkt wurde ein deutliches Misstrauen geäussert gegenüber diesem kleinen Verbesserungsvorschlag, da noch viel grössere Probleme (z. B. Überbauung des Gasi-Areals, Sanierung des Sihlquais, Milchbuck usw.) in nächster Zukunft zu bewältigen seien. Dabei kam nicht so sehr der Vorschlag selber unter Beschuss als die zeitliche Staffellung: Zuerst wollten sie Klarheit über die grossen Vorhaben, nachher könne man viele solcher Detailverbesserungen anbringen, unter der Voraussetzung, dass sie mit den übergeordneten Plänen in Einklang stünden.

Das Stadtplanungsamt lud die Hauseigentümer zu einer Orientierung ein. Jene der Josefstrasse waren alle einverstanden, solange ihre Zufahrtsrechte nicht tangiert würden. Sie würden sogar zusätzlich eine Regelung der chaoti-

den Befürwortern zum Teil abgebaut werden, bei den Gegnern verstärkte es aber den bereits vorhandenen Unmut gegen die Verwaltung. Die Beurteilung der konkreten Massnahme fiel bei den beiden Strassenabschnitten sehr unterschiedlich aus:

- An der Josefstrasse scheint die Belastung der Lebens- und Umweltsituation so hoch, dass praktisch alle Anwohner jedem Verbesserungsvorschlag zustimmen geneigt sind. Auch die Ladenbesitzer begrüssen mehrheitlich diese Massnahme.
- An der Ottostrasse fühlen sich viele Anwohner durch die Verkehrsmismissionen noch nicht derart gestört, dass sich

waren hier auch anderer Meinung. Allerdings aus verschiedenen Gründen. Die kleinen Quartiergruppen machten bei der weiter führenden Diskussion mit, weil sie unter anderem eine Möglichkeit sahen, selber an Einfluss im Quartier zu gewinnen. Das Planungsbüro hoffte, im direkten Gespräch mit den Quartierbewohnern auf Probleme zu stossen, die für sie zu einem weiteren Auftrag im Testgebiet werden könnten. Und das Jugendamt sah sich seinem Ziel, einer breiten Abklärung für mögliche Gemeinwesenarbeit im Kreis 5, einen Schritt näher. Unsere eigene Vorstellung stimmte hier weitgehend mit der des Jugendamtes überein, allerdings nicht nur beschränkt auf soziale Probleme.

Die kleinen Quartiergruppen und die aktiven Quartierbewohner kritisierten den Anspruch der Arbeitsgruppe Industriequartier und des Quartiervereins, alleinige Vertreter des Quartiers zu sein. Das versicherten diese um so mehr, als sie ihre Legitimation weitgehend von der Verwaltung und nicht aus dem Quartier selber bezogen. Verstärkt wirkte hier auch unser Einsatz, der ja in Zusammenarbeit mit allen Quartierorganisationen und interessierten Quartierbewohnern ausgeführt werden sollte. Doch dies war Theorie. Als die Arbeits-

gruppe Industriequartier und der Quartierverein nämlich durch die neuentstandenen Gruppen zu sehr versichert waren und sich beschwerten, stützte der Stadtrat ihren Alleinvertretungsanspruch, was ihnen wiederum erlaubte, jede Einmischung aus dem Quartier abzulehnen. Allerdings wurden innerhalb der Arbeitsgruppe «Identifikation» und «Partizipation» Stimmen laut, die einen stärkeren Quartierbezug wünschten und die Öffnung der Gruppe forderten.

Rückblickend stehen wir auch heute noch hinter den in unserem Auftrag formulierten Zielvorstellungen «Partizipation» und «Identifikation» mit dem Quartier. Diese können aber auch mit dem ausgefeiltesten Projekt nicht von oben herab oder durch Aussenstehende realisiert werden, sondern müssen in einem Prozess mit den Betroffenen entstehen. Bedingungen für einen solchen Prozess sind:

- Die Betroffenen müssen genau über die Planungen in und um das Quartier informiert sein.
- Es muss ihnen genügend Zeit zur Verfügung stehen, um die vorgeschlagenen Projekte kritisch zu beleuchten, eigene Vorschläge zu sammeln und auszuarbeiten.

- Genügend Zeit muss für den anschliessenden Meinungsbildungsprozess eingeräumt werden.

- Der Entscheidungsprozess muss durchsichtig und für alle zugänglich sein.
- Solche in einem Quartier demokratisch entstandene Entscheidungen müssen für Verwaltung und Quartierorganisationen verbindlichen Charakter haben.

- Nur wenn die Bevölkerung auch bei der Verwirklichung der Projekte miteinreden und sich mitteilen kann, ist eine Grundlage für ihr langfristiges Engagement gelegt.

Es ist uns bewusst, dass «offene Planung», so verstanden, für die Verwaltung und die bestehenden Quartierorganisationen ein grundsätzlich anderes Vorgehen bedeutet. Wir sind der Meinung, dass schon in der Planungsphase entschieden werden muss, ob ein solches Vorgehen realisiert werden soll. Sollten sie diesen Weg als nicht gangbar erachten (was in diesem Projekt inartenschien geschah) und trotzdem die Schlagworte «Identifikation», «Partizipation» oder «offene Planung» benutzen, so wecken sie nur falsche Hoffnungen. Was dann sicher zurückbleibt, ist ein verstärktes Misstrauen der enttäuschten Quartierbewohner gegenüber der Verwaltung und den Quartierorganisationen. Beatrice Breitschmid/Susann Müller

Die Leiden eines City-Randgebietes

Die Vielfalt der kleinen Läden, der Beizen und der Kleinbetriebe, verleihen dem Quartier ein unverwechselbares Gepräge. Man trifft die verschiedensten Häuserfassaden, sie geben Auskunft über die Zeit des Bauens aber auch über die sozialen Verhältnisse der Bewohner.

In der auf einen grossen Teil des Quartiers ausgedehnten Kernzone wird täglich Wohnraum verdrängt. Nicht durch Abruch oder Neubau, sondern durch Änderung der Nutzung. Grosswohnungen für Familien und Wohngemeinschaften nehmen ab, Büros und Appartements ständig zu. Die überstellten Hinterhöfe stehlen den Kindern auch noch den letzten Spielraum.

Die Bevölkerung im Industriequartier ist seit Ende der 40er Jahre rückläufig. Innerhalb 30 Jahren hat es einen Drittel seiner Bewohner verloren. Gleichzeitig nahm die Ausstattungsqualität der Wohnungen sukzessive ab. Die heutigen Bewohner sind alteingesessene Industrieller, Leute, die gezwungen sind, eine billige Wohnung zu haben.

Ausländer und Wohngemeinschaften (Ausländeranteil: 33 Prozent, städtischer Durchschnitt: 17,5 Prozent).

Die alteingesessenen Industrieller wohnen in den Genossenschaften im unteren Teil des Quartiers oder dann in der Nähe der Langstrasse, in den Pierzhäusern usw. Sie verstehen sich als die eigentlichen Industrieller, unter ihnen herrscht ein richtiger Dörflichkeit; sie möchten nie in ein anderes Quartier ziehen müssen. Was trotzdem noch das Schicksal vieler älterer Leute ist, denn es gibt im Kreis 5 immer noch kein Altersheim.

Im Raum der Langstrasse ist die Bevölkerung gemischt. Schweizer und Ausländer haben ihre Läden und Beizen dort, Studenten hausen in Dachwohnungen, Unbekannte in den Appartements; aber auch Familien mit Kindern sind noch vereinzelt anzutreffen. Sie alle ziehen die zentrale Wohnlage einer «grünen Insel» oder Schlafstadt vor den Toren Zürichs vor.

In der Kernzone, zwischen Gewerbeschulhäusern, Lagerschuppen der Gemüsehändler und Bürohäusern, fallen einem alte, zum Teil verfallene Gebäude auf. Die Wohnungen dort werden in Erwartung anderer, profitablerer Verwertung nicht mehr instand gesetzt. In den vielen feuchten, unbesonnten Hinterhöfen ist kaum mehr ein Baum oder Strauch anzutreffen. Hier leben meist Ausländer, Studenten und ein paar Familien, die sich jeden Tag überlegen müssen, ob sie nicht doch wegziehen sollen.

Während die Häuserfassaden wechseln und gewisse Winkel ihr eigenes Gepräge haben, bleibt sich ein Phänomen immer gleich, nämlich der lärmige Verkehr bis in die hinterste Quartierstrasse. Blechlawinen zieren das Strassenbild. Für die Pendler, die in der City arbeiten, ist der Kreis 5 das ideale Gratis-Freiluft-Parkhaus.

Kennst du dein Quartier?

Bist du erst kürzlich in den Kreis 1, 2 oder 3 eingezogen und weisst nicht, wo wie welche Quartierpolitik macht? Oder weisst du es nicht, obwohl du schon lange dort wohnst?

Bestell dir doch die fünf «ss-Nummern, die sich mit der Quartierpolitik in der Stadt Zürich befassen für 3 Franken in Briefmarken bei der Redaktion «zürcher student», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Die «ss-Nummer über deinen Kreis ...» kannst du für nur 50 Rappen bei uns haben!

ihnen eine Veränderung aufdrängte. Auffallend war die durchwegs negative Stellungnahme der Auto- und Ladenbesitzer, wohingegen vor allem ältere Leute und Schichtarbeiter eine Verkehrsberuhigung wünschten.

Generell wurde deutlich, dass viele diese Massnahme zwar begrüsst und einzelne sich aktiv dafür einsetzen wollten. Alle empfanden diesen Vorschlag aber nur als Tropfen auf einen heissen Stein, mit dem ihre eigentlichen Probleme nicht gelöst werden könnten.

Aktivierung der Quartierbewohner

Eine erste offene Veranstaltung war von etwa 200 Leuten besucht. In der Diskussion wurden oft dieselben Argumente vorgebracht, die wir schon von Bewohnern und Vertretern der Organisation gehört hatten.

Die Auswertung der am Abend ausgefüllten Fragebogen stellten wir allen Teilnehmern, allen Organisationen und weiteren Interessierten zu. Damit wollten wir unser Vorgehen offen aufzeigen und gleichzeitig den Bewohnern bewusst machen, dass nicht jeder mit seinen Problemen allein steht. Es wurde uns denn auch bestätigt, dass dieser ständige Informationsrückfluss wesentlich zum Engagement der Bewohner beigetragen habe.



Diskussionsforum für Quartieranliegen

Wohnbevölkerung im Kreis 5

	1970	1975
Einwohner		
Kreis 5 total	13475	11798
Anteil Schweizer	9045	7701
Frauen	4537	3845
Männer	4508	3856
Anteil Ausländer	4430	4097
Frauen	1763	1830
Männer	2667	2267
1950 hatte der gesamte Kreis 5 noch 16 284 Einwohner, 1976 nur noch 11 138. Der prozentuale Anteil der über 65jährigen betrug 1970 13,4 Prozent, gegenüber 15,6 Prozent im städtischen Durchschnitt.		

Musik am Mäntig

Häns'che-Weiss-Quintett

Montag, 23. Januar 1978,
20.30 h, Untere Mensa Uni, Ein-
tritt: 7/9 Fr.

Musik deutscher Zigeuner

Das Häns'che-Weiss-Quintett hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Musik der in Deutschland lebenden Zigeuner vorzustellen. Sinti nennen sich diese Zigeuner; sie sind Angehörige eines Stammes, dessen Vorfahren vor rund 500 Jahren – ursprünglich aus Nordwest-Indien kommend – in Deutschland einwanderten. Bis heute haben sie ihre mündlich überlieferte Sprache (Romanes) und einen grossen Teil ihrer Bräuche und Regeln des Zusammenlebens bewahrt. Auch gehen sie nach wie vor gerne mit dem Wohnwagen auf die Reise. Wer je Gelegenheit hatte, bei Familienfesten oder bei Wallfahrten Sinti-Musikanten zuzuhören, wird festgestellt haben, dass die Musik, die sie lieben und mit der sie sich identifizieren, sehr verschiedenartige Elemente aufweist. Neben echter zigeunerischer Folklore – Lieder mit Texten in der Zigeunersprache, die man leider nur selten zu hören bekommt – handelt es sich im wesentlichen um Swing-Jazz aus der Tradition Django Reinhardts, den vom französischen Musette beeinflussten Swing-Valse und eine Spielart der sogenannten ungarischen Zigeunermusik.

Häns'che Weiss begann seine Karriere im Quintett des Geigers Schnuckenack Reinhardt. Seit fünf Jahren leitet der brillante und virtuose Gitarrist seine eigene Formation, in der neben ihm noch Titi Winterstein (Violine) und Lulu Reinhardt (Gitarre) solistisch hervortreten. Für den swingenden Rhythmus sind Ziroli Winterstein (Gitarre) und Hojok Merstein (Bass) besorgt.

Lost Peace mit Martin Heiniger

Rock-Jazz und kritische Lieder

Montag, 6. Februar 1978,
20.30 h, Untere Mensa Uni, Ein-
tritt: 4/6 Fr.

Diese auf den ersten Blick etwas seltsame Mischung von engagierten Liedern und Rock-Jazz ist gar nicht so weit hergeholt. Des Rätsels Lösung ist, dass Tina Heiniger – neben Ernst Born der wichtigste Schweizer Polit-Liedermacher – bei den Lost Peace Tenorsax und Klari-



nette bläst. Dies gibt Musik am Mäntig wieder einmal Gelegenheit, eines ihrer Postulate zu verwirklichen: die Veränderung der herkömmlichen Hörgewohnheiten. Wir finden, dass die Jazzfreunde gut und gerne eine tüchtige Spritze ehrlichen politischen Engagements in ihren Hintern vertragen können, während umgekehrt die Polit-Freaks ruhig auch einmal lernen dürfen, dass ihre Ohren nicht nur zum Empfang politischer Texte, sondern auch zum Anhören guter Musik geschaffen sind.

Zusammen mit Tinu bilden die folgenden fünf Musiker die Lost Peace: Willy Müller – die Seele der Band, schreibt

Veranstaltungen

Musik am Mäntig

Trompetenkonzert mit Claude Rippas, Mittwoch, 18. Januar 1978, 20.00 Uhr, Hörsaal E 3, ETH-Hauptgebäude. Eintritt 3/5 Fr.

Häns'che-Weiss-Quintett

Montag, 23. Januar, 20.30 h, Untere Mensa Uni. Eintritt: 7/9 Fr.

Hannes Meyer, «Spiel Orgel Spiel»

Montag, 30. Januar, 20.30 h, Untere Mensa Uni. Eintritt: 4/6 Fr.

Lost Peace mit Martin Heiniger

Montag, 6. Februar, 20.30 h, Untere Mensa Uni. Eintritt: 4/6 Fr.

Elvin-Jones-Quintett «Jazz Machine», Dienstag, 7. Februar, 20.30 h, ETH-Mehrzweckgebäude. Eintritt: 7/9 Fr.

Vorverkauf ab 16. Januar: Nina's Jazz-&Blues-Läden, Rigiplatz; Sekretariat VSETH, Leonhardstr. 19; Sekretariat SUZ, Rämistr. 66, 2. Stock.

und arrangiert er doch praktisch alle Musik – spielt verschiedene Tasteninstrumente und Posaune, Peter Lehmann (Trompete und Violine), Markus Küng (akustische und E-Gitarre), Claude Bischof (E-Bass) und der weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannte und geschätzte Drummer und Perkussionist Marc Hellmann. Wieso sich die Gruppe allerdings Lost Peace nennt, ist mir etwas unklar, denn bis jetzt «han ich jedes Mal schauend die Friede gha», wenn ich den sechs Bernern zugehört habe...

Elvin-Jones-Quintett

Dienstag, 7. Februar 1978,
20.30 h, ETH-Mehrzweckgebäude
(Endstation Polybahn), Ein-
tritt: 7/9 Fr.

Nach dem Riesenerfolg des Catherine-Mouzon-Vitos-Konzerts wagt sich Musik am Mäntig zum zweiten Mal in die grosse Mehrzweckhalle der ETH. Und wer jetzt wieder ein sensationell gutes Jazzkonzert erwartet, hat ganz richtig getippt. Kein Geringerer als Elvin Jones wird mit seinem Quintett jazzige Sounds nach Zürich bringen. All denen, die Elvin letztes Jahr am Willisau-Festival erlebt haben, muss man diesen dynamischen Schlagzeuger sicher nicht vorstellen, war doch sein Auftritt einer der Höhepunkte dieses Festivals. Für die andern nur so viel: Elvin Jones verdient sich seine Sporen im Pepper Adams-Donald Byrd Quintet ab. 1960 holte ihn dann John Coltrane in sein Quartett. Dies sollte sich als überaus fruchtbar für den Jazz erweisen. Elvin Jones übertrug nämlich die Konzeption des grossen Neuerers John Coltrane auf das Schlagzeug und wurde damit zum meistkopierten Schlagzeuger der sechziger Jahre.

Seine Mitmusiker sind in unseren Breitengraden noch nicht allzu bekannt. Sie stammen aus der brodelnden New Yorker Szene, die immer wieder ausgezeichnete junge Musiker hervorbringt. Und um mit einem Musiker vom Kaliber Elvin Jones' zusammen auftreten zu können, muss man ja schon einiges auf dem Kasten haben...

Hier Namen: Pat Labarbera (Sax), Michael Stuart (Sax), Roland Prince (Gitarre) und Andy McCloud (Bass).

Hannes Meyer

spielt und erzählt aus dem
Leben einer Königin

Montag, 30. Januar 1978, 20.30
Uhr, Untere Mensa Uni. Ein-
tritt: 4/6 Fr.

Als ungebundener Geist liebt er die Musik ohne jeden Vorbehalt. Als Pfarrersohn in Küssnacht geboren (1939), Mittelschule in Schiers, danach Turn- und Musiklehrer in Basel, wo er unter anderem zusammen mit Duggelin dem Theater näherzukommen versuchte. Später Gitarren-, Klavier- und Gesangslehrer im Untergaden, wo er auch als ambulanten Sonntagsgesangsleiter amtierte. Seit 1966 Hoforganist von Arosa. Sein Musikantentum pflegt er nebenbei als Kontrabasist in diversen Ländlerkapellen.

Hannes Meyer gründete die Orgelzyklen in Brusio GR und die Orgel-

Kammermusikwochen Arosa. Reisen führten ihn durch ganz Europa, wobei er auch immer wieder als Lehrer und musikalischer Leiter verschiedenster Veranstaltungen wirkte.

Hannes Meyer ist ein unkonventioneller Organist, und seine Liebe gehört der Königin der Instrumente, der Orgel, die sich als heidnisches Musikinstrument aus dem alten Rom einst ihren Platz in der Kirche erkämpfen musste, respektiert er in ihrer Eigengesetzlichkeit, so dass er, wie kaum ein anderer, es wagen kann, Gassenhauer des Mittelalters oder etwa Tänze der Renaissance spielerisch zu interpretieren, ohne je die Würde des Instrumentes zu verletzen. Hannes Meyer hat es sich zum Ziel gemacht, der Orgel wieder jenes Totalpublikum zuzuführen, dass ihr als Königin der Instrumente eigentlich zusteht. Die Orgel soll wieder zu einer musikalischen Hauptattraktion im Konzert und im Hausmusikleben, im und in aller musizierenden Welt werden.

Er wird auf der Orgel Volkstümliches und Symphonisches spielen, hat es sich doch als dringlich und nützlich erwiesen, das Orgelspiel vor allem jenem Publikum zuzuführen, das vorläufig zum konventionellen Orgelbesuch nicht antritt, aus begrifflicher Angst, liturgischer Enge und kirchlich-antimuskantischer Moral zu begegnen.

«Mensafascht»

Freitag, den 20. 1. 1978, 20.00
bis 02.00 Uhr, Untere und Obere
Mensa der Uni, Zürich.

Das erste Mensafest im 78 steigt am Freitag, den 20. Januar 1978 in den beiden Mensen der Uni Zürich. (Künstlergasse, Tramhaltestelle «Neumarkt» der Linie 3) um 20 Uhr. «Passers Revival» spielen mit ihrem fünf Mann «real Rock and Blues», und die Gruppe «Noah» (Sextett) spielen auch Klänge für alle Fans der langsamen Musik. Die Disco wird bedient von Martin und Hugo, (Musik am Mäntig), mit einer Spezialanlage von Jürg, der Reggae-Musik präsentiert. Das Fest dauert bis 02.00 Uhr am Morgen für die Nimmersatten. Der Eintritt beträgt sage und schreibe nur 6 Stützli. Alles in allem: wieder ein richtiges Mensafest, das von der Kulturstelle der Studentenschaft organisiert wird.

ASSISTENTEN
Bezahlten einen So-
lidaritätsbeitrag
an den «sz» –
die jüngeren
Kommissionen
sind Euch dank-
bar dafür.
PC 80-35 598,
Geheimtipp:
«sz» abonnieren
ist noch
bequemer!

Sachbuchautor sucht für Mithilfe beim Quellenstudium und für die Bibliographie einer grösseren Arbeit

Studentin aus den Gebieten Soziologie – Psychologie oder Jus.

In Frage kommen nur höhersemestriste Bewerberinnen. Es handelt sich um eine Arbeit, die wöchentlich 3-4 Stunden in Anspruch nimmt.

Bewerberinnen melden sich bitte unter Chiffre DKK 017-825, «zürcher student», Inseratenverwaltung, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Analytische Selbsterfahrungsgruppen

Gruppendynamik

Wochenende Z-W 15

15.-16. April 1978 in Neukirch an der Thur

Leitung: Dr. Siegfried Gröninger

In einer Selbsterfahrungsgruppe können «soziale Schablonen» verstanden und verändert werden.

Anmeldungen und weitere Informationen

Gesellschaft für analytische Gruppendynamik GAG

Arbeitsgemeinschaft Schweiz

Wangenerstr. 5, 8307 Effretikon, (052) 32 51 68

Studentenpreise!

Wissen Sie, dass wir Spezialisten sind für

DISSERTATIONS-DRUCK

(auch SEMESTERARBEITEN, SKRIPTEN, BROSCHÜREN UND BÜCHER)

und deshalb besonders vorteilhaft, qualitativ hochstehend und schnell arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle administrativen Untertugnisse für Sie. Sämtliche Schreibarbeiten erledigen wir prompt.

Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Ihnen für alle Auskünfte mit druckmännlicher Beratung zur Seite.

DRUCKEREI SCHNEIDER, Asylstrasse 144, 8032 Zürich,
Tel. (01) 53 69 33



Telefonzeitung
01/242 11 12
kurz und kritisch

Die Volksvertreterin und Stadträtin Pestalozzi hat sich ihre politische Karriere wahrscheinlich schon verhängem. Wenn sie nicht mehr gewählt wird, verliert sie ihr Stadtratsmandat von rund 10 000 Fr. Dennoch wird sie sich nicht eine billige Wohnung an der Westtangente suchen müssen. Sie versteuert, zusammen mit ihrem Mann, 865 000 Fr. Einkommen und 5,836 Mio. Fr. Vermögen.

Verständlich, dass auch sie gegen die Reichtumssteuer war: «Bi doch nöd de Pestalozzi.»

Weil viele Ausländer nicht wissen, was für Rechte sie haben, ist es auch heute noch möglich, dass ein Hans Hartmeier aus Wülflingen einen Handel mit Menschen aufziehen kann. Er nützt die soziale Notlage und die Unwissenheit von Ausländern aus, um sie mit einem Pauschalhohn von 80 Fr./Monat in die Schweiz zu locken. Damit er keinen Krach mit den Behörden kriegt, liess er die Arbeiter als Touristen etikettiert einreisen. Er vermittelt sie durch seine Firma «bauserve» ans Baugewerbe.

Als durch die Intervention der Gewerkschaft ein solcher Fall an die Öffentlichkeit kam, wurden die Ausländer mit 100 Fr. gebüsst und ausgewiesen. Damit sie ihre Heimreise überhaupt zahlen können, durften sie auf Geheiss der Fremdenpolizei noch einige Tage weiterarbeiten...

Am 31. Dez. läuft der Arbeitsvertrag zwischen Bankpersonal und Banken ab. Die Lohnverhandlungen wurden nach zwei Kunden ohne Ergebnis abgebrochen.

Der Bankpersonalverband möchte 1978 nicht nur 4% mehr Lohn haben, sondern auch einen Abbau der wöchentlichen Arbeitszeit auf 43 Stunden. Die Bankbosse allerdings sind dagegen: Sie wollen nur 1.7% Lohnerhöhung zugestehen und überhaupt keine Arbeitszeitverkürzung.

Die Bankangestellten sind allerdings nicht mehr bereit, einerseits zuzusehen,

wie ihre Brötchengeber weiterhin Millionengewinne einstecken, und andererseits ihre berechtigten Forderungen abgewiesen zu sehen.

An einer Delegiertenversammlung soll entschieden werden, welche Massnahmen dagegen ergriffen werden sollen.

Die Firestone-Reifenfabrik in Pratteln wird vom «eigenen» amerikanischen Management ruiniert. Das Prattelner Management vermasselt sich hinter dem Rücken der Belegschaft grosse Aufträge.

Ein Beispiel: Als die PTT für ihre Autos «Testpneus» bestellte, wurde sie von der Firestone-Pratteln mit miserablen Material beliefert; mit Pneu, die in Frankreich und Spanien hergestellt wurden, aber unter dem Markenzeichen «Firestone Pratteln» angepriesen wurden. Die Folge: Nach den Testversuchen sagte die PTT dankend ab...

Gehören Sie auch zu denen, die schon gar nicht mehr an fortschrittliche Abstimmungsergebnisse glauben und drum einen grossen Bogen um die Abstimmungslokale machen?

Dann hätte Sie wohl auch nicht das Flugblatt der SP-User hinter dem Ofen hervorgeholt, die mit den abgedruckten Steuerausweisen der reichsten Stadtbewohner für die Reichtumssteuer geworben hat.

Diesen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung hätte die Druckerei Zimmermann in Uster beinahe noch im letzten Moment verhindert. Sie weigerte sich nämlich, diesen Druckauftrag entgegenzunehmen, weil sie von ihren bürgerlichen Kunden schwer unter Druck gesetzt worden war.

Zum Glück sprang dann die Ropress in Zürich in die Bresche: sie verbreitet seit Jahren Informationen und Nachrichten für Arbeiter und Angestellte und macht nicht vor knapp vier Prozent Grossverdienern schlapp.

Der «zürcher student» wird jeden Monat von 17 000 angehenden Akademikern sowie Assistenten, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern beider Hochschulen gelesen.

SPERRY UNIVAC seit es Computer gibt

Man bezeichnet uns weltweit als einen der Führenden in der Computerbranche. Wir planen, entwickeln, fertigen und verkaufen ein breites Spektrum von Computersystemen und Software.

Wir gelangen an all jene jungen Leute, die einen

Einstieg in die Computerbranche

planen und realisieren möchten.

Wir können Ihnen eine fundierte Ausbildung bieten, die Sie schon nach relativ kurzer Zeit befähigen wird, in der

- Anwendungs-/Systemprogrammierung
- Analyse/Organisation
- Verkaufsförderung

eine entscheidende Rolle zu spielen. Sie legen damit die Grundlage für eine langfristige Karriere.

Karriere 78

Lehrplan

1. Stufe:

2. Mai-14. Juli 1978

Gründliche Einführung in die Hardware und Software der elektronischen Datenverarbeitung

17. Juli-21. Juli 1978 Ferien

2. Stufe:

24. Juli-30. September 1978

Praktikum unter Leitung erfahrener Spezialisten

Kurszeiten

Montag-Freitag 09.00-12.00, 13.00-16.00 Uhr

Kursleitung

Sperry Univac, Training Center

Ausbildungsort

Sperry Univac, Hardturmstrasse 161, 8005 Zürich

Entschädigung

Die Kursteilnehmer erhalten einen Praktikantenlohn (Kurs und Lehrmittel sind kostenlos)

Aufnahmebedingungen

Es können nur Bewerber berücksichtigt werden, die die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- abgeschlossenes Studium (Uni/Hochschule oder HTL/HWV)
- KV oder Handelsdiplom mit mindestens 5 Jahren Praxis
- Schweizer Bürger oder Niederlassungsbewilligung
- nicht über 30 Jahre alt

Anmeldung

Verlangen Sie schriftlich die Bewerbungsdocumentation KARRIERE 78 bei der Personalabteilung Sperry Univac, Hardturmstrasse 161, 8021 Zürich.

Eventuelle Fragen beantwortet Ihnen unser

Herr F. Meyer gerne, Telefon 01/44 12 51, intern 213.

solange es Computer gibt SPERRY UNIVAC